

Let's be ACTION heroes!

Die erste sozialistische Jugendbewegung in Deutschland entstand vor etwa 100 Jahren; ihre Haupttätigkeit war der Antimilitarismus, d.h. die Agitation unter Jugendlichen, die zur Reichswehr eingezogen wurden. Dadurch baute sich eine Massenbewegung auf, einschließlich revolutionärer Jugendgruppen, welche die Opposition zum „Sozialpatriotismus“ der SPD während des ersten Weltkriegs organisierten.

Daraus können wir lernen: Wenn wir eine millionenstarke Jugendbewegung aufbauen wollen, müssen wir uns auf wirksame und lustige Kampagnen konzentrieren, welche die Probleme von Jugendlichen ansprechen.

Militarismus zerschlagen!

In den letzten Jahren haben wir viele Kriege erlebt, aber auch wahnsinnig große Anti-Kriegs-Mobilisierungen: zum Beispiel die weltweiten Demos mit 30 Millionen TeilnehmerInnen am 15. Februar 2003 oder die Schülerstreiks am Tag X.

Die Bundeswehr muss nicht nur raus aus dem Ausland, sondern raus aus der Welt! Sie muss zerschlagen werden! Für Jugendliche besonders immanent ist die zunehmende Rekrutierung an Schulen. Kaum 18 geworden, wird man schon für den Wehrdienst mit Ausbildungsmöglichkeiten und Besoldung geködert. Hinzu kommen Etatusgaben für die Aufrüstung in Milliardenhöhe, während Geld für Bildung angeblich fehlt.

Die Demo gegen den Zapfenstreich am 26. Oktober in Berlin bietet eine gute Möglichkeit für eine Mobilisierung gegen den deutschen Militarismus! Wir wollen einen großen und lautstarken Jugendblock bei der Zapfenstreich-Demo.

Jugendzentren aufbauen!

Überall werden Jugendzentren geschlossen. Auch in den ostdeutschen Kommunen bzw. Ländern, wo die PDS (mit)regiert. Kein Wunder, die bürgerlichen Politiker sparen genau dort, wo am wenigsten Wähler verloren gehen. Wir müssen uns dem Trend der Einsparungen entgegenstellen! Wo keine Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt werden, ist Besetzung legitim! Solche Zentren können Knotenpunkte für den Aufbau einer linken Jugendbewegung werden.

Ausbildungsplätze erkämpfen!

Zur Zeit fehlen hunderttausende Ausbildungsplätze. Es ist nicht ungewöhnlich, dass ein Jugendlicher dutzende Bewerbungen losschickt, ohne eine einzige Stelle zu bekommen. So darf es nicht weitergehen! Um

Ausbildungsplätze wird sich kein Politiker ernsthaft kümmern, denn das ist ein „Problem der Jugend“. Jugendliche müssen sich das Recht auf Ausbildung selbst erkämpfen! Durch massiven Druck auf die Unternehmen durch eine gemeinsame Mobilisierung mit den Gewerkschaften können wir die Kapitalisten zwingen, Jugendliche auszubilden und ausreichend zu entlohnen. Auch eine garantierte Übernahme der Azubis kann nur durch Kämpfe durchgesetzt werden.

Naziaufmärsche verhindern!

60 Jahre nach Auschwitz marschiert die braune Horde wieder vermehrt. Der bürgerliche Staat ist nicht willens und auch nicht in der Lage, die Nazis aufzuhalten. Unter dem Deckmantel der „Meinungsfreiheit“ (die natürlich nicht für linke „Verfassungsfeinde“ gilt) wird verschwiegen, dass Faschisten ein Bestandteil des kapitalistischen Systems sind. Sie sind die „helfende Hand“, die das Kapital retten soll, wenn der bürgerlich-demokratische Staat nicht mehr funktioniert. Die Macht der Faschisten liegt auf der Straße, deshalb müssen wir sie genau dort aufhalten! Gegen jeden Nazi-Aufmarsch müssen wir Massenmobilisierungen zu Stande bringen und Arbeiterorganisationen, MigrantInnenvereine und radikale Jugendliche auf die Straße bringen.

Hoch die internationale Solidarität!

Mit zunehmenden Kämpfen nimmt auch die staatliche Repression gegen KämpferInnen zu. Wir müssen grenzübergreifend Solidarität organisieren: mit Antifas in der BRD, mit der baskischen Jugendorganisation SEGI, mit Jugendlichen in der Türkei, Palästina, Kurdistan und dem Irak, die für nationale Selbstbestimmung kämpfen, mit dem slowakischen Antifaschisten Mario Bango usw. usf. Denn ein Schlag gegen eineN ist ein Schlag gegen alle!

Aus dieser Konferenz soll eine demokratisch gewählte Koordinierung der unterschiedlichen linken Jugendorganisationen in der BRD entstehen, die solche Kampagnen bundesweit organisiert. Auch für die Mobilisierung gegen die G8 ist es wichtig, dass wir zusammenarbeiten, um möglichst viele radikale Jugendliche nach Heiligendamm zu bringen.

www.onesolutionrevolution.de

Es kommt die Zeit...



für eine linke + breite + aktive +
kämpfersiche + sozialistische + antisexistische + antirassistische +
antikapitalistische + **revolutionäre**
Jugendbewegung!

ein paar Ideen und Vorschläge von der
kommunistischen Jugendorganisation ...

REVOLUTION



What's wrong with the LEFT party?

Bei den Bundestagswahlen hat die Linkspartei nicht schlecht abgeschnitten. 8,5% ist das beste Ergebnis, das eine Partei links von der SPD in der Geschichte der BRD je bekommen hat. ArbeiterInnen, RentnerInnen und vor allem Arbeitslose haben für die Linkspartei gestimmt. Doch unter Jugendlichen waren die Ergebnisse nur mittelmässig: gerade mal 8%. Im Vergleich: Die Grünen konnten bei Unter-25jährigen 10% holen; unter Azubis hat die SPD fast 40% der Stimmen bekommen.

Die WählerInnen der PDS und WASG sehnen sich nach der sozialen Sicherheit der 70er Jahre. Sie vermissen die Brandt-SPD, die Honnecker-SED oder rein imaginäre „goldene Zeiten der sozialen Gerechtigkeit“. Kein Wunder, dass die beiden Parteien einen gemeinsamen Spitzenkandidaten im ehemaligen SPD-Chef Oskar Lafontaine gefunden haben. Dieser war schon in den 90er Jahren für die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe und hat zur praktischen Abschaffung des Asylrechts beigetragen.

Die Perspektive der Linkspartei ist rückwärts gewandt: sie verspricht keine

staaten- und grenzenlose sozialistische Gesellschaft der Zukunft, sondern den regulierten und bürokratisierten Sozialstaat der Vergangenheit.

Das heißt konkret: Hartz IV soll „nachgebessert“ werden oder höchstens, vielleicht, in ferner Zukunft verschwinden, aber nicht zurückgeschlagen werden. Am Wahlabend hat Gregor Gysi klar gemacht, dass die Linkspartei auf „eine vernünftige Politik für Deutschland“ zielt. Nicht der Sturz der herrschenden Verhältnisse, sondern ein paar „vernünftige“ Verbesserungen dieser ist sein Ziel.

Für die jetzige Krise des Systems macht die Linkspartei nur eine fehlerhafte Politik verantwortlich. (Als ob man nur die Kapitalisten zu mehr sozialem Bewusstsein erziehen müsste, damit überall auf der Welt Gerechtigkeit herrscht...) Aber das System selbst ist der Fehler! Solange die Produktionsmittel in den Händen einer Minderheit sind, ist irgendwas außer Ungerechtigkeit schwer vorstellbar.

Wer lässt sich von einer solchen Politik begeistern? In der PDS sind über

90% der Mitglieder über 40. Selbst in der nur ein Jahr alten WASG sind 90% der Mitglieder über 30. Denn Jugendliche lassen sich freilich wenig von der Vorstellung begeistern, dass man womöglich in zehn Jahren die Verhältnisse von 1969 wiederherstellen könnte.

Die PDS fordert Sozialismus – allerdings verstehen sie unter „Sozialismus“ ein System mit freiem Unternehmertum und Privateigentum an Produktionsmitteln. Die WASG schweigt konsequent zur Systemfrage – ihr Chef Klaus Ernst versichert gegenüber der Presse, dass die WASG fest auf dem Boden des Kapitalismus steht.

Die Alternative zu diesem System von Ausbeutung und Unterdrückung ist nicht etwas weniger Ausbeutung und etwas gerechtere Unterdrückung. Alternative bedeutet, dass jede Art von Herrschaft von Menschen über Menschen zerstört wird.

Wir müssen jeden Kampf für Verbesserungen im Hier und Jetzt unterstützen – aber auch mit einer sozialistischen Perspektive verbinden. Denn im Kapitalismus wird jede Reform nur vorübergehend zugestanden und bei nächster Gelegenheit wieder kassiert. Sozialismus ist keine Sache für Übermorgen, sondern er ist schon heute präsent: in jedem Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung, gegen Rassismus und Sexismus.

A FEW BASICS for the world revolution.

Bekanntlich reicht es nicht, "gegen alles" zu sein. Welche Gesellschaft wollen wir? Wenn wir gegen den Kapitalismus sind – wie wollen wir ihn stürzen? Was kommt danach? Solche Fragen muss eine linke Jugendbewegung klar beantworten. Jede Aktivität muss mit einem klaren Ziel verbunden werden im Rahmen eines sozialistischen Programms. Hier sind ein paar Eckpunkte für ein solches Programm. Sind diese Forderungen „realistisch“? Ist das Programm „bezahlbar“? Das interessiert uns ehrlich gesagt einen Scheißdreck. Die Kapitalisten können unmöglich verlangen, dass, wenn ihr System in der Krise steckt, wir "realistische" Vorschläge zu seiner Rettung machen. Diese Forderungen zielen auf greifbare Verbesserungen, sollen aber auch zur Schaffung von Strukturen beitragen, die über die einzelnen Forderungen hinaus für den Kampf gegen das System nutzbar sind.

Rechte für Jugendliche!

Wir fordern das Wahlrecht ab 16! Schluss mit allen Gesetzen, die Jugendliche benachteiligen! Auf der Schule und im Betrieb müssen Jugendliche die Möglichkeit haben, ihr Leben selbst zu gestalten, frei von Chefs, Lehrern und Staat.

Nein zu allen Studiengebühren und Einschränkungen der Lehr- und Lernmittelfreiheit! Freier und staatlich finanzierter Zugang zu Uni, Schule und Ausbildung für alle! Die Linke muss sich dafür engagieren, dass Proteste gegen Bildungsabbau nicht auf die Unis beschränkt bleiben, sondern mit den Kämpfen der Angestellten im Bildungsreich und der Arbeiterbewegung insgesamt verbunden werden.

Für die Legalisierung aller Drogen, gekoppelt mit einer Aufklärungskampagne und die Ausweitung von Behandlungsmöglichkeiten für Drogensüchtige! Weg mit allen Gesetzen, die Sexualität verbieten, die auf gleichberechtigtem Einverständnis beruht!

Wir wollen ein menschenwürdiges Leben – auch während der Ausbildung, in der Schule oder in der Arbeitslosigkeit. Damit wir nicht jeden Scheißjob annehmen müssen, fordern wir einen Mindestlohn (bzw. Arbeitslosengeld bzw. Stipendium für Studenten). In einer Zeit, wo deutsche Konzerne Rekordgewinne einfahren, sind 1500 Euro das Mindeste! Aber jede Verbesserung unserer Lebensgrundlagen kann nicht erbettelt, ausgehandelt oder erwählt werden: nur mit Klassenkampf können wir unser Leben verbessern.

Zerschlagt den Faschismus!

Nazis nutzen die Unzufriedenheit mit dem System aus, um rassistische und nationalistische Ideologien zu verbreiten. Sie bauen Schlägergruppen auf, die linke Jugendliche und MigrantInnen terrorisieren. Die Linke muss den Nazis entgegentreten, überall wo

sie auftreten, nicht nur in den Parlamenten, sondern auch in den Köpfen und vor allem auf der Straße. Dabei können wir uns nicht auf den „demokratischen“ Staat verlassen, der regelmäßig Nazi-Aufmärsche beschützt. In Berlin sehen wir, wie der „rote“ Senat Nazi-aufmärsche von tausenden Bullen beschützen lässt – der Staat ist kein Instrument, das von der Linken gebraucht werden kann.

Kein Mensch ist illegal!

Vor kurzem haben wir in Ceuta und Melilla gesehen, wie Tausende ihre Leben riskieren, um in die Festung Europa zu gelangen. Dabei wurden Hunderte z.T. schwer verletzt und Dutzende getötet. Die EU schickt Hilfe – an den spanischen Staat, damit er die Zuanlagen weiter ausbauen kann! Mittlerweile werden diese Menschen – entgegen dem spanischen Gesetz – abgeschoben.

Die Linke muss das Recht aller Menschen verteidigen, dort zu leben, wo sie wollen! Einwanderungskontrollen sind dazu da, um Menschen entlang nationaler Grenzen zu spalten und eine unterdrückte Schicht zu spalten und eine unterdrückte Schicht von schlecht bezahlten und entrechteten „WanderarbeiterInnen“ zu schaffen. Deshalb stellen wir uns nicht nur gegen die besonders reaktionären Einwanderungsgesetze in Deutschland, sondern sind auch gegen jede Art von Einwanderungskontrolle und für volle Staatsbürgerrechte für alle, die hier leben.

Gegen Frauenunterdrückung!

Laut Gesetz haben Frauen gleiche Rechte wie Männer. Doch die kapitalistische Gesellschaft ist von Sexismus geprägt: Frauen verdienen im Durchschnitt weniger für die gleiche Arbeit. Wenn sie Kinder haben, werden ihnen Kindererziehung und allgemeine Hausarbeit aufgezwingen – ohne Bezahlung versteht sich. Frauen wird die Kontrolle über ihre eigene Sexualität und

ihren eigenen Körper oft verwehrt.

Die Linke muss für die Vergesellschaftung der privaten Hausarbeit und für kostenlose und sichere Abtreibungsmöglichkeiten für alle Frauen eintreten! Innerhalb der Linken sind besondere Anstrengungen notwendig, um Frauen die Teilnahme an politischer Arbeit zu ermöglichen.

Nieder mit dem Krieg!

Multinationale Konzerne plündern die sog. „Dritte Welt“ durch Privatisierungen öffentlicher Güter und die Ausbeutung billiger Arbeitskräfte. Um dieses imperialistische System der Ausbeutung aufrecht zu erhalten, müssen ihre Herrschaftsansprüche auch militärisch durchsetzbar sein.

Nicht nur die US-Armee besetzt fremde Länder: Die BRD baut ebenfalls eine Interventionsarmee auf, um überall auf der Welt eingreifen zu können. Im Moment sind fast zehntausend Bundeswehr-Soldaten im Ausland stationiert. Der globale Kapitalismus, der auf Konkurrenz zwischen Nationalstaaten basiert, erzeugt permanent Krieg.

Kein Mensch, kein Cent, kein Tropfen Blut für die Profitgier der Kapitalisten! Wo ein armes Land von einer Großmacht angegriffen oder besetzt wird (z.B. der Irak von den USA, Afghanistan von der BRD und den USA) reicht es nicht, für den „Frieden“ zu sein – die Linke muss sich mit den Angegriffenen solidarisieren! Für die Abschaffung der Bundeswehr! Um sich vor Kriminellen, Bullen und Nazis (und kriminellen Nazi-Bullen) zu schützen, müssen sich ArbeiterInnen und Jugendliche selbst organisieren, in Selbstverteidigungsgruppen und einer Arbeitermiliz! Die Linke muss jeden Militäreinsatz, auch wenn er unter dem Deckmantel eines "humanitären" Einsatzes präsentiert wird, bekämpfen!

Stoppt Arbeitsplatzabbau!

Wenn ein Konzern mit Verlagerung oder Entlassungen droht, hilft es nicht, wenn die Gewerkschaften auf bestimmte Errungenschaften verzichten. Damit lässt man sich auf einen Konkurrenzkampf gegen die ArbeiterInnen anderer Länder ein, bei dem alle nur verlieren können. Die beste Protestform ist, wenn die Beschäftigten den Betrieb besetzen und die Produktion unter ihre Kontrolle nehmen. Das ist ein Schritt zur kompletten Enteignung der Kapitalisten, zu einer selbstverwalteten Gesellschaft ohne Ausbeuter und Ausgebeutete.

Gegen die Erpressungen der Kapitalisten brauchen wir Streiks und Kampf auf der Straße! Weil Konzerne international produzieren, müssen Abwehrkämpfe genauso grenzüberschreitend organisiert werden! Weil die Führungen der Gewerkschaften zu solchen Schritten nicht bereit sind, muss eine klassenkämpferische Basisbewegung in den Gewerkschaften aufgebaut werden!

Während mehr als 5 Millionen keine Arbeit finden, werden jährlich mehr als anderthalb Milliarden Überstunden gearbeitet. Eine zentrale Forderung der Linken muss die Einführung der 30-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich sein. Aber 30 Stunden sind auch ganz schön viel. Durch die Abschaffung überflüssiger Produktion (z.B. Rüstung) und unsinniger Tätigkeit (z.B. staatliche Bürokratie) müsste jedeR nur wenige Stunden die Woche arbeiten, um einen hohen Lebensstandard für alle zu gewährleisten. Wir können so wenig arbeiten, wie nötig!!!

Organisiert den Abwehrkampf – und nicht die Koalition!

Sozialabbau, Militarismus und Rassismus können nicht im Parlament gestoppt werden. Dazu ist eine Bewegung nötig, welche die Kämpfe der ArbeiterInnen, der Arbeitslosen, der MigrantInnen, der Anti-Kriegsbewegung und der Jugendlichen miteinander verbindet. Wenn Proteste nicht verallgemeinert und ausgeweitet werden, laufen sie ins Leere und zerfallen (wie z.B. die Montagsdemos). Wir brauchen Strukturen, die geeignet sind, alle Lohnabhängigen und Unterdrückten einzubeziehen. Solche Strukturen müssen zu einer lokalen und bundesweiten Koordinierung des Abwehrkampfes verbunden werden, so dass wir den Kapitalisten und ihren Staat erfolgreich bekämpfen und besiegen können.

Wer mit dem Motto „Gegen Neoliberalismus“ zur Wahl antritt, kann nicht in einer Regierung arbeiten, die neoliberale Maßnahmen durchsetzt. Aber genau das macht die PDS. Während sie Hartz IV kritisiert, führt sie in Berlin Ein-Euro-Jobs ein. Eine linke Jugendbewegung muss fordern: Linkspartei raus aus den Landesregierungen in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern! Eine Partei kann sich nicht gleichzeitig auf die Seite des Staates und der vom Staat Unterdrückten stellen – bisher hat sich die PDS dabei immer für den Staat entschieden.

Eine kämpferische Bewegung!

Das Ziel einer linken Bewegung kann nicht sein, gegen jeden neuen Angriff Widerstand zu leisten, um dann auf den nächsten zu warten. Wir müssen an die Wurzeln gehen und gegen das System kämpfen, das diese Verschlechterungen erst nötig macht: den Kapitalismus!

Sozialdemokratie und Stalinismus stellen seit Jahrzehnten die Führung der Arbeiterbewegung. Die Vorstände von SPD und PDS haben, egal was in ihren Statuten steht, nicht die geringste Absicht, den Kapitalismus abzuschaffen – oder erst, wenn die kapitalistische „Demokratie“ das erlaubt, also niemals. Reformistische Parteien haben einen eigenen Platz im Kapitalismus. Mit scheinkritischen Phrasen sollen die ArbeiterInnen Dampf ablassen können; aber anstatt die Kämpfe konsequent zu führen und auszuweiten, setzen die reformistischen Bürokraten auf Verhandlungen mit den Bürgerlichen und ihrem Staat. Wenn wir nicht ewig im Kapitalismus leben wollen, müssen wir die Grenzen reformistischer Politik aufzeigen und Illusionen in einen „friedlichen Weg zum Sozialismus“ zurückweisen.

Die Alternative zum Neoliberalismus ist die Revolution!

Auch in dieser Gesellschaft wird der Reichtum durch menschliche Arbeit geschaffen. Das tun nur ArbeiterInnen – Manager, Bürokraten und Kapitalisten nicht. Es ist richtig, wenn wir anprangern, dass ein Konzern sich zu viel von diesem Reichtum aneignet, z.B. durch Lohndrückerei, Überausbeutung, Entlassungen. Aber warum sollten die Kapitalisten sich überhaupt etwas aneignen?! Gerech ist nur, wenn die Massen selbst den Reichtum der Gesellschaft verwalten. Dazu muss der Kapitalismus aber gestürzt werden, d.h. vor allem die Institutionen, die ihn aufrechterhalten: Polizei, Armee, Bürokratie, kurz: der Staat.

Weil der Kapitalismus ein globales System ist, muss auch die Revolution global sein. Wir brauchen eine internationale Massenbewegung, die den Kampf gegen Kapitalismus organisiert.

Die Jugend hat dabei immer eine wichtige Rolle gespielt, um den Konservatismus und den Reformismus in der Arbeiterbewegung zu bekämpfen. Dafür brauchen wir eine eigenständige Organisation, eine revolutionäre Jugend-Internationale!

For a REVOLUTIONARY youth movement!

Es kommt die Zeit!

Welche Zeit?

Die Zeit, in der das System zu bröckeln beginnt. Fünf Millionen Arbeitslose in der BRD, Rekorddefizite in den USA, wirtschaftliche Zusammenbrüche in der Dritten Welt – das sind Zeichen einer weltweiten Krise des kapitalistischen Systems. Unter den Nationalstaaten nimmt die Konkurrenz zu, es gibt einen internationalen Wettlauf nach unten: Wer bietet die billigsten Arbeitskräfte, sprich: die besten Ausbeutungsmöglichkeiten? Die Folgen sind Hungersnöte, Aggressionskriege und Umweltkatastrophen.

Gegen diese Krise kennen die Herrschenden nur eine Lösung: die Armen sollen zahlen. ArbeiterInnen müssen Verschlechterungen hinnehmen, Arbeitslose werden noch tiefer unter die Armutsgrenze gedrückt, Jugendliche sollen nach marktwirtschaftlichen Kriterien aussortiert werden. Die Agenda 2010, die der BRD den Aufstieg zur Weltmacht ermöglichen soll, ist ein Krieg nach Innen. Damit deutsche Konzerne überall auf der Welt Profite machen können, werden mit der Aufrüstung der Bundeswehr auch Kriege nach außen vorbereitet und bereits durchgeführt.

Solche Angriffe finden in allen Ländern der Erde statt. Aber in keinem Land werden sie widerstandslos hingenommen.

Überall, wo es Widerstand gibt, sehen wir dabei Jugendliche. StudentInnen in Jakarta entfachten die Proteste gegen Suharto. Junge ArbeiterInnen in Bolivien stürzten mehrmals eine vom IWF-unterstützte Regierung. Junge KämpferInnen im Irak bringen die Herrschaft der (auch von der BRD unterstützten) Besatzungstruppen ins Wanken.

Es gibt kaum ein Gipfeltreffen der herrschenden Klasse (IWF, WTO, G8 usw.), das nicht von hunderten Tausenden, meist jugendlichen, Menschen belagert wird. Diesen Sommer in Schottland waren wieder 300.000 dabei.

Jetzt, da die G8 nach Deutschland kommt, müssen wir uns mit dem Problem auseinandersetzen, dass eine linke Jugendbewegung, die antikapitalistische Inhalte in die Mobilisierung tragen könnte, hierzulande weitgehend fehlt. Damit die Demonstrationsspitze in Heiligendamm nicht von der Kirche gestellt wird, ist es Zeit, eine linke Jugendbewegung aufzubauen.

Dafür sind die Bedingungen nicht schlecht: Die sich zuspitzende Krise des Kapitalismus führt uns vor Au-

gen, dass dieses System keine Zukunft bietet. Die neue Regierung wird die „Reformen“, also die pausenlosen Angriffe, weiterführen und verschärfen. Nach Hartz IV kommt Hartz V, nach 500 Euro Studiengebühren kommen 5.000 Euro und nach der Besetzung Afghanistans kommen weitere Kriege. Eine annehmbare Zukunft gibt es für uns nur, wenn wir sie erkämpfen.

Der wachsende Unmut gegen die SPD, der in Massenaustritten, Wahlniederlagen und Montagsdemos zum Ausdruck kam, führte zur Gründung der WASG und dem Zusammengehen von dieser mit der PDS. Dadurch wird die Linke neuorganisiert, und viele Nicht-Organisierte hineingezogen. Daraus ergibt sich auch eine reale Chance, eine breite linke Jugendbewegung in der BRD aufzubauen.

Diese muss von linken Parteien wie Linkspartei, PDS und WASG, aber auch von Gewerkschaften und Migrantenvereinen finanziell unterstützt werden. Aber eine solche Jugendbewegung kann nicht als Jugendverein irgendeiner Partei entstehen. Warum? Weil Jugendliche einer besonderen Unterdrückung ausgesetzt sind. Wir werden besonders ausgebeutet, als „Praktikanten“ oder „Teilzeitjobber“ oder bei beschissenen McJobs. In der Schule müssen wir das lernen, was der Staat vorschreibt. Beim Militär sollen wir unsere Leben riskieren, um „das Vaterland“ zu verteidigen. Und unsere ganze Jugendzeit sind wir in der Familie eingesperrt.

Dieser Unterdrückung entgegenzuwirken ist eine zentrale Aufgabe der Linken. Jugendliche müssen die Möglichkeit haben, sich selbstständig zu organisieren, also unabhängig von den Parteien und ihren bürokratischen Apparaten politisch aktiv zu werden.

Immer wieder lässt sich beobachten, dass die PDS-Führung an so einem Projekt nicht das geringste Interesse hat. Obwohl sie offiziell „unabhängige“ Jugendstrukturen wie Solid unterstützt, werden diese durch finanzielle Erpressung an der Leine gehalten. Als z.B. der Berliner Landesverband von Solid gemeinsam mit REVO gegen die Kriminalisierung der baskischen Jugendorganisation SEGI protestierte, wurde die Stellungnahme in der Solid-Zeitung nicht abgedruckt. Als die PDS-Jugend in Sachsen während des Wahlkampfes eine Kampagne zur Legalisierung von Drogen gestartet hatte, wurde sie vom PDS-Landesvorstand unterbunden. Eine wirklich unabhängige Jugendbewegung muss selbst entscheiden, was sie mit ihren Ressourcen macht.

★ Statt einer PDS- oder WASG-Jugendabteilung wollen wir eine **UNABHÄNGIGE SOZIALISTISCHE JUGENDORGANISATION!** Wir wissen, dass es linke Jugendgruppen in und um beide Parteien gibt, z.B. Solid oder die WASG-Jugend/SAV, die antikapitalistische Positionen vertreten und unterstützenswerte Arbeit leisten. Aber PDS und WASG sind in ihrem reformistischen Konzept einig. Deshalb sollten sich linke Jugendliche weder an die eine noch die andere hängen. Um konsequente antikapitalistische Politik zu machen, können wir nicht als „loyale Opposition“ der Linksfraktion agieren – wir brauchen unsere eigenen Strukturen und unsere eigene Organisation!

★ Statt eines Jugendwahlvereins für die Lafontaines und Gysis wollen wir eine **KÄMPFERISCHE JUGENDBEWEGUNG!** Oft wird beklagt, dass Jugendliche kein Interesse an Politik haben – wenn Politik nur darin besteht, dass Jugendliche Plakate kleben und Flyer verteilen, damit ein alter Mann in den Bundestag einzieht, ist es in der Tat langweilig!!! Aber politische Arbeit kann auch ganz anders aussehen: aktives Auftreten auf der Straße, in der Schule, im Betrieb. Eine Jugendorganisation ist nicht da, um irgendeine Bundestagsfraktion zu stützen, sondern um die vielfältigen Kämpfe der Jugendlichen gegen den Bundestag zu vereinen.

★ Statt eines „Vereins für Funktionärnachwuchs“ wollen wir eine **VIELFÄLTIGE JUGENDBEWEGUNG!** Politisch aktive Jugendliche gibt es viele: sie organisieren sich in Initiativen zu Themen wie Rassismus oder Faschismus, in Jugendzentren, in AGs auf der Schule usw. All diese Kräfte muss eine linke Jugendbewegung einbinden. Damit bestehende Gruppen und Strukturen sich beteiligen, können sie nicht zur Aufgabe der eigenen Identität gezwungen werden. Stattdessen muss es Freiheit für unterschiedliche politische Perspektiven geben, mit offenen Diskussionen und Debatten auf allen Ebenen. Nur transparente, demokratische Strukturen ermöglichen, dass Jugendliche, die der Linkspartei skeptisch gegenüberstehen, auch mitmachen.

★ Statt eines nur auf die BRD beschränkten Jugendverbandes wollen wir eine **REVOLUTIONÄRE JUGEND-INTERNATIONALE!** Denn die Probleme, mit denen wir uns auseinandersetzen (Sozialabbau, eine wachsende Nazi-Bewegung usw.) sind weltweite Phänomene. In der Vergangenheit hat es schon vier Arbeiter-Internationale gegeben. Der „Neue Internationalismus“ der antikapitalistischen Bewegung rückt eine neue Weltpartei der Sozialistischen Revolution erneut auf die Tagesordnung. Weil Jugendliche allein nicht die Welt verändern können, muss eine linke Jugendbewegung zur Schaffung von neuen Arbeiterparteien und einer neuen Internationale beitragen!

www.onesolutionrevolution.de

